

EIN GERECHTER ÜBERGANG: DER RICHTIGE WEG ZUM KLIMASCHUTZ



Die Auseinandersetzung mit dem Klimawandel ist für die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Interessen aller Menschen weltweit unerlässlich. Ehrgeizige Maßnahmen zur Schadensminderung sind von grundlegender Bedeutung, wenn wir unseren Kindern eine nachhaltige Welt hinterlassen und

die Möglichkeit geben wollen, soziale und Entwicklungsziele zu erreichen.

Diese Maßnahmen müssen zwischen und innerhalb von einzelnen

Ländern gerecht verteilt werden: Ausschlaggebend bei der Verteilung der Lasten müssen die jeweilige Verantwortlichkeit und die vorhandenen Kapazitäten sein. Ein gerechter Übergang zu einer CO2-armen Wirtschaft ist möglich und kann Klimaschutzmaßnahmen zum Motor für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und sozialen Fortschritt machen. Wir müssen

die Wirtschaft transformieren und fordern daher einen Prozess, der darauf abzielt, jeden Wirtschaftssektor nachhaltig zu machen.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung setzt sich für ehrgeizige Maßnahmen zum Klimaschutz ein, die gleichzeitig darauf abzielen, das Wachstum in Richtung einer wirklich nachhaltigen Entwicklung zu lenken, bei der es auch um das soziale Wohl und um breitere ökologische Herausforderungen geht.

Das Konzept eines gerechten Übergangs ist ein Instrument, das die Gewerkschaftsbewegung gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft nutzt, um ein Umsteuern in Richtung einer nachhaltigeren Gesellschaft zu erleichtern und der Hoffnung Ausdruck zu geben, dass eine "grüne Wirtschaft" imstande ist, für menschenwürdige Arbeitsplätze und einen angemessenen Lebensunterhalt für alle zu sorgen.

EIN GERECHTER ÜBERGANG ZU EINER CO2-ARMEN WIRTSCHAFT IST MÖGLICH UND KANN KLIMASCHUTZMASSNAHMEN ZUM MOTOR FÜR NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND SOZIALEN FORTSCHRITT MACHEN.



WIR BRAUCHEN EINEN G

EIN INSTRUMENT FÜR EIN SCHNELLES UND FAIRES UMSTEUERN IN RICHTUNG

1 Grüne Möglichkeiten zur Realität machen: Es sind umfassende Investitionen erforderlich, um eine langfristig nachhaltige Industriepolitik zu entwickeln, die auf den Erhalt und die Schaffung menschenwürdiger und "grüner"/nachhaltiger Arbeitsplätze, "grünere" Arbeitsplätze generell, sowie die Weiterentwicklung und Nutzung neuer Technologien ausgerichtet ist.

- **Beispiel:** Das französische "Observatoire Français de Conjoncture Economique" hat angekündigt, dass bis zum Jahr 2020 500.000 grüne Arbeitsplätze in Sektoren wie erneuerbare Energien, Recycling, umweltfreundlicher Verkehr und Energieeffizienz in Gebäuden als Ergebnis der "Grenelle de l'Environnement" geschaffen würden. In Japan wird erwartet, dass sich die Zahl der Beschäftigten in den Umweltbranchen bis 2020 auf 2,8 Millionen verdoppelt.

2 Ein solider Ausgangspunkt: Forschung und eine frühzeitige Bewertung der sozialen und beschäftigungsrelevanten Folgen sind unerlässlich für eine bessere Vorbereitung des Wandels..

- **Beispiel:** Beispiel: Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat eine Untersuchung durchgeführt, um die potenziellen beschäftigungsrelevanten Auswirkungen einer Verringerung der CO₂-Emissionen in der Europäischen Union um 40% bis 2030 festzustellen. Sie verweist auf die Notwendigkeit einer klaren und voraussehbaren Klimapolitik, substanzialer öffentlicher Investitionen in Forschung und Entwicklung, erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung, öffentliche Verkehrssysteme und die Renovierung von Gebäuden, zusätzlich zu gut konzipierten Wirtschaftsinstrumenten, die die Folgen für Geringverdienerhaushalte und energieintensive Industrien berücksichtigen. Am 21.10.2009 hat der Exekutivausschuss des EGB die Entschließung zum

Klimawandel, zur neuen Industriepolitik und zu den Auswegen aus der Krise verabschiedet.

3 Dialog: Die Regierungen müssen Gewerkschaften, Arbeitgeber, Zivilgesellschaft und alle Gruppen, die an der Umgestaltung beteiligt sein müssen, konsultieren und zu deren institutionalisierter formeller Mitwirkung anregen. Konsultationen und die Achtung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte sind grundsätzliche Voraussetzungen für die Gewährleistung eines reibungslosen und effektiven Übergangs zu einer nachhaltigen Gesellschaft.

- **Beispiel:** Beispiel: In Spanien haben Gewerkschaften (CCOO & UGT), die Regierung und Unternehmen eine Plattform für den dreigliedrigen sozialen Dialog zum Klimawandel eingerichtet, um potenziell negative Auswirkungen, die sich aus der Einhaltung des Kyoto-Protokolls ergeben könnten, vor allem in Bezug auf Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, zu vermeiden bzw. zu reduzieren.

4 Schulung: Veränderungen in den Betrieben machen es erforderlich, dass die Beschäftigten in sauberen Produktionsprozessen und Technologien geschult werden. Dies ist der Schlüssel zur Entwicklung und Nutzung neuer Technologien und zur Verwirklichung des Potenzials grüner Investitionen. Zu diesem Zweck könnte Bildungsurlaub erforderlich sein, damit die Beschäftigten neue Qualifikationen erwerben können.

- **Beispiel:** The Argentinean construction workers' union UOCRA promotes workers' training in the field of renewable energies, providing workers with certified skills for biogas production installations, solar water heaters, solar and wind power installers.



RECHTEN ÜBERGANG:

UNG EINER KOHLENSTOFFARMEN UND KLIMABESTÄNDIGEN GESELLSCHAFT

5 Es geht auch um Schutz! Schutzlosigkeit kann der Grund dafür sein, dass ein Wandel nur ungern unterstützt wird. Sozialschutzsysteme, einschließlich einer aktiven Arbeitsmarktpolitik (soziale Sicherheit inklusive Sozialversicherung und öffentlicher Beschäftigungsgarantien, öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramme für Arbeitslose und geringfügig Beschäftigte, Einkommenssicherung, Arbeitsvermittlung usw.), sind der Schlüssel zu einem gerechten Übergang.

- **Beispiel:** Das US-Gesetz aus dem Jahr 2009 über saubere Energien und Sicherheit enthält ein spezifisches Kapitel zum Thema "Grüne Arbeitsplätze und Übergangsmaßnahmen für die Beschäftigten", das die Einrichtung eines speziellen Unterstützungsfonds vorsieht, um für Einkommenssicherheit, Krankenversicherung, Berufsberatung, Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen für Beschäftigte zu sorgen, die unter den negativen Folgen der Bundesklimaschutzgesetze zu leiden haben. Vorgesehen sind ferner eine Sammelstelle für Informationen und Ressourcen in Bezug auf Berufsbildungsmaßnahmen für den Tätigkeitsbereich erneuerbare Energien sowie ein Projekt, das Berufsmöglichkeiten im "grünen" Baugewerbe beschreibt. Darüber hinaus sind im Rahmen gesetzlicher Konjunkturpakete Mittel in Höhe von 1 Milliarde Dollar für grüne Schulungsmaßnahmen vorgesehen.

Sozialschutz ist zudem erforderlich, um die Folgen des Klimawandels und extremer Wetterereignisse auf die ärmsten und besonders schutzlosen Gruppen abzumildern. (Der indische "Superzyklon" in Orissa hat beispielsweise 10.000 Menschenleben gefordert, Millionen Unterkünfte zerstört, 80% des stehenden Getreides beschädigt und zum Verlust von 454.000 Stück Vieh geführt.)

6 Es gibt kein Patentrezept: Jede gefährdete Region und Gemeinschaft braucht ihren eigenen wirtschaftlichen Diversifizierungsplan ...eine dem freien Markt überlassene Anpassung wird nur zu Leid und Widerstand gegen Klimaschutzmaßnahmen führen.

- **Beispiel:** In Bangladesch besteht in semiariden Gegenden generell die Tendenz, den Reisanbau durch den Anbau von Mangos zu ersetzen. Obwohl dies aus wirtschaftlicher und agronomischer Sicht richtig ist, besteht ohne Planung und Konsultationen vor Ort die Gefahr sozialer Unruhen. Mango erfordert wesentlich weniger Arbeit als Reis – eine schlechte

Nachricht für das eine Drittel der Haushalte in der Region, die auf eine Beschäftigung als Tagelöhner in der Landwirtschaft angewiesen sind. Allgemeine Strategien müssen stets den örtlichen Bedingungen angepasst werden, um zu einer wirklich nachhaltigen Politik zu gelangen. Die Gemeinschaften müssen konsultiert werden und in der Lage sein, ihre Ernährungs- und Agrarentscheidungen selbst zu treffen.



EIN GERECHTER ÜBERGANG BEI DER UNFCCC-KONFERENZ IN KOPENHAGEN?

Von der UNFCCC muss ein Signal der Hoffnung ausgehen: Eine klimafreundliche Welt ist möglich, ebenso wie menschenwürdige Arbeitsplätze und ein angemessener Lebensunterhalt für alle! Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit ist unerlässlich für die Herbeiführung eines breiten Konsenses und eine generelle Berücksichtigung sozialer Bedürfnisse in der Klimapolitik. Jedes Land muss sich an der Auseinandersetzung mit dem Klimawandel beteiligen. Die Industrieländer müssen bei der Emissionsreduzierung die Führungsrolle übernehmen und ausreichende Mittel für die Anpassung zur Verfügung stellen, damit überhaupt die Aussicht auf eine nachhaltige Entwicklung und soziale Gerechtigkeit besteht. Entwicklungsländer können die Art ihres Wachstums verändern, wenn ihnen die für die entsprechenden Maßnahmen erforderlichen finanziellen Mittel und Technologien zur Verfügung gestellt werden.

Wir fordern daher die Verhandlungsführer und alle Interessensgruppen im Klimaschutz auf:

- die Erwähnung eines gerechten Übergangs in der "Gemeinsamen Vision" zu befürworten
- Strategien für einen gerechten Übergang in ALLEN "Bausteinen" zu befürworten:

Bei der Anpassung und Folgenminderung

- Eine frühzeitige Beurteilung sozialer und beschäftigungsrelevanter Schwachstellen
- Konsultationen mit und aktive Beteiligung von allen interessierten Parteien, einschließlich der Gewerkschaften, an der Konzipierung, inhaltlichen Gestaltung und Überwachung der Klimaschutzpolitik

- Begleitmaßnahmen FÜR GEMEINSCHAFTEN im Rahmen der Debatte über die "als Reaktion zu ergreifenden Maßnahmen"
- Eine aktive Arbeitsmarktpolitik als Bestandteil der verschiedenen Maßnahmen
- Die Achtung der Bestimmungen der in der Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit (1998) verankerten Übereinkommen

Bei der Finanzierung

- Die Nutzung der finanziellen Mittel für Investitionen zur Schaffung grüner und menschenwürdiger Arbeitsplätze und zur umweltverträglicheren Gestaltung traditioneller Sektoren
- Die Bereitstellung von Ressourcen für die Diversifizierung der Wirtschaft und Maßnahmen für einen gerechten Übergang

Bei der Technologie

- Die Förderung von Bildungs- und Schulungsmaßnahmen in klimafreundlichen und klimabeständigen Technologien für Beschäftigte im Rahmen des Kapazitätsausbaus
- Die Förderung sozial innovativer Strategien, um Verhaltens- und Organisationsänderungen zu erleichtern, ebenso wie die Nutzung nachhaltiger Technologien



Ein gerechter Übergang ist nur eine von zahlreichen Gewerkschaftsforderungen bei den UNFCCC-Verhandlungen. Die gesamten Gewerkschaftsvorschläge finden sich hier: <http://climate.ituc-csi.org>
Weitere Informationen liefert der IGB unter: +33 6 77 69 94 29 oder anabella.rosenberg@ituc-csi.org